



Protokoll der Beratung vom 01.09.2010

Herr Maresch eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Mitglieder anwesend, damit ist der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten beschlussfähig. Zwei Mitglieder sind gegen 17.45 Uhr erschienen. Die Anwesenheit der Mitglieder erhöhte sich damit auf 9.

Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:
1.	Herr Maresch	Die Linke	Herr Kuchta	Die Linke	Bitte Anwesenheitsliste beachten
2.	Frau Giesecke	CDU/FDP/FLC	Herr Karwinski von Karwin	SPD/Grüne	
3.	Herr Hallmann	SPD/Grüne	Frau Vandreier	CDU/FDP/FLC	
4.	Herr Engler	SPD/Grüne	Frau Ceglarek	SPD/Grüne	
5.	Frau Leonhardt	AUB	Frau Venter	Die Linke	
6.	Herr Richter	Die Linke			
7.	Frau Schädel	SPD/Grüne			
8.	Herr Dr. Schmidt	CDU/FDP/FLC			
9.	Herr Möller	SPD/Grüne			
10.					
11.					

TOP 1. Abstimmung zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in folgender Form bestätigt:

Abst.:
7:0:0

2 Protokollkontrolle

3 Beschlussvorlagen

Keine

Die Beschlussvorlage IV – 68/10 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Cottbus 2025 Aufstellungsbeschluss wird zeitlich verschoben.

4 Berichte

Keine

5 Informationen

5.1 Informationen zum „Netzwerk gesunde Kinder“

v.: Frau Mageney, Projektleiterin

5.2 Informationen zum Gesetzgebungsverfahren AG SGB XII

v: Frau Dieckmann, Fachbereichsleiterin Soziales

5.3 Informationen zum Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für Brandenburg“

v: Herr Weiße, Dezernent GB Jugend, Kultur, Soziales

5.4 Informationen zum Familienhaus

v.: Fachbereich Jugend

5.5 Übersicht über Kita - Verträge/Vertragslaufzeiten

v.: Fachbereich Jugend

TOP 2.

Es gibt keine Anmerkungen oder Änderungen. Das Protokoll wird genehmigt.

Abst.:
7:0:0

TOP 5.1

Das Projekt „Netzwerk gesunde Kinder“ wird mittels einer Präsentation durch Frau Lehmann, Projektkoordinatorin, (siehe Anlage) vorgestellt und erläutert.

Herr Maresch bedankt sich bei der Projektleiterin Frau Mageney und der Koordinatorin Frau Lehmann und eröffnet die Diskussion.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass das Projekt gut aufgebaut und strukturiert ist, so dass es keine Lücken gibt. Der Punkt Paten und deren Ausbildung stellt einen wichtigen Aspekt dar, und er bittet um Ausführungen dazu, wie die Prüfung der Eignung von Paten erfolgt.

Frau Lehmann erörtert, dass die Bewerber einen Fragebogen abgeben und ein Erstgespräch zwischen der Koordinatorin und den Paten durchgeführt wird. Mit der Bewerbung als Pate ist die Abgabe eines erweiterten Führungszeugnisses, das für Paten gratis erstellt wird, notwendig. Die Angaben im Führungszeugnis und in der Selbstauskunft werden hinsichtlich auftretender Widersprüche geprüft.

Herr Maresch bittet Herrn Möller um eine Erklärung, was ein erweitertes Führungszeugnis beinhaltet.

Herr Möller führt aus, dass ein erweitertes Führungszeugnis für Personen erteilt werden kann, die beruflich, ehrenamtlich oder in sonstiger Weise kinder- und jugendnah tätig sind oder werden. Es ist ein Auszug aus dem Bundeszentralregister und enthält alle strafrechtlichen Informationen über eine Person.

Frau Venter fragt nach, inwieweit der Fachbereich Jugend einbezogen ist und Familien motiviert werden, ins Netzwerk einzutreten.

Frau Lehmann antwortet, dass die Paten über Unsicherheiten hinweg helfen sollen. Es kann keiner gedrängt werden, einen Paten anzunehmen. Die Bekanntmachung des Projekts erfolgt durch die Koordinatorin in Form von Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. Eine Unterstützung erfährt das Projekt u. a. dadurch, dass die Standesbeamtin im CTK Flyer an die Eltern verteilt.

Herr Maresch erfragt die Verfahrensweise, wenn es zwischenmenschliche Probleme bei den Familien mit den Paten gibt.

Frau Lehmann erklärt, dass ein Profil über die Wünsche des Paten erstellt wird. Bei Problemen zwischen Paten und der Familie werden Absprachen mit der Koordinatorin geführt, und es besteht die Möglichkeit, einen anderen Paten auszuwählen.

Herr Maresch fragt nach, ob 40 Stunden Qualifizierung für die Paten ausreichen.

Frau Lehmann verweist darauf, dass neben der Einsatzschulung von 40 Stunden, einmal monatlich ein Stammtisch durchgeführt wird.

Herr Maresch erfragt die Höhe der Förderung.

Frau Mageney führt aus, dass für das Jahr 2010 die Fördermittel 21,0 T€ betragen.

Herr Maresch bittet darum, die Arbeit des Netzwerkes weiterzuverfolgen und zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Berichterstattung im Ausschuss vorzunehmen.

Herr Kuchta erfragt, mit wie vielen Familien das Netzwerk rechnet.

Frau Lehmann erläutert, dass voraussichtlich 5 bis 10 % der Familien mit Neugeborenen das Angebot in Anspruch nehmen werden. Ein Pate kann etwa 4 Familien betreuen. Sollte der Pate berufstätig sein, ist nur eine Familie zu empfehlen. Eine ausreichende Anzahl von ausgebildeten Paten ist Voraussetzung für das Projekt.

Frau Venter fragt nach Möglichkeiten der Aufwandsentschädigung für die Paten.

Frau Lehmann antwortet, dass die Paten ihre Auslagen erstattet bekommen. Für geleistete Weiterbildungen wird ein Nachweis geführt. Im Wesentlichen erfolgt die Würdigung der Arbeit über materielle Dinge, die die Kooperationspartner zur Verfügung stellen.

Herr Maresch bedankt sich für die Ausführungen und würdigt die geleistete Arbeit zum Aufbau des „Netzwerkes gesunde Kinder“. Er bietet den Mitarbeitern des Netzwerkes die Unterstützung durch den Sozialausschuss an.

TOP 5.2

Frau Dieckmann führt aus, dass sich das AG-SGB XII im Gesetzgebungsverfahren des Landes befindet. Der Beschluss zum AG-SGB XII wird voraussichtlich im November 2010 gefasst. Zurzeit laufen die Budgetverhandlungen mit dem Land für das Jahr 2010. Sie schlägt vor, weiterhin monatlich über den aktuellen Stand zu informieren.

Herr Müller fragt nach, ob es sich nicht um Budgetverhandlungen für 2011 handelt?

Frau Dieckmann legt dar, dass es um das Budget für 2010 geht. Mit dem Landesverfassungsgerichtsurteil muss das Land die Finanzierung ab dem 01.01.2010 neu regeln. Im laufenden Jahr 2010 erfolgen vorerst Abschlagszahlungen durch das Land an die Stadt.

Herr Weiße führt ergänzend aus, dass das neue Gesetz ein Kompromiss ist. Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips wurde vom Verfassungsgericht bestimmt. In 2011 steht fest, ob dies mit dem Gesetz erreicht wird. Das Budget wird im Sinne einer Vereinbarung geschlossen und dient der Praktikabilität. Der Fachbereich Soziales geht gut mit Zahlen ausgestattet in die Verhandlung. Es zeichnet sich ab, dass die Fallzahlen steigend sind und damit verbunden die Kosten, so dass es einer klaren Antwort von Seiten des Landes bedarf. Der Vergleich mit den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten zeigte auf, dass die Entwicklung sehr unterschiedlich verläuft und die Verhältnisse sehr individuell zu betrachten sind.

TOP 5.3

Herr Weiße erläutert, dass das Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ ein Erfolgsmodell für Brandenburg darstellt. 548 Personen wurden für einen Zeitraum von 3 Jahren in Arbeit vermittelt. Das Programm ist ausgelaufen.

Ab 2010 gibt es ein neues Bundesprogramm in Form der „Bürgerarbeit“.

Von Seiten des Landes wurde ein Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für Brandenburg“ auf den Weg gebracht. In 2010 werden für Cottbus 57 Stellen durch das Land gefördert. Die Grundlage für die Förderung in dieser Größenordnung bildete die kreisliche Statistik zur Arbeitslosigkeit. Es ist zu erwarten, dass 2011 ca. 60 Stellen gefördert werden. Die beiden Programme können kombiniert werden. Dazu müssen beide Fördersysteme verglichen werden.

Die Arbeitslosigkeit in Cottbus ist gesunken, die Langzeitarbeitslosigkeit folgt diesem Trend jedoch nicht. Aus diesem Grund haben die Arbeitsmarktprogramme ihre Berechtigung. Die Programme beinhalten Maßnahmen für Arbeitslose, die zusätzlich und im öffentlichen Interesse liegen.

Herr Maresch bedankt sich für die Ausführungen und die Aushändigung der Unterlagen.

TOP 5.4

Herr Weiße führt aus, dass das Familienhaus gebaut wird. Ein Investor wird die bauliche Umsetzung und die Betreuung realisieren. Von Seiten der Stadt wird das Projekt unterstützt, wobei keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Als nächster Schritt werden Vereinbarungen mit den Sponsoren geschlossen.

Herr Meyer bestätigt, dass Einigkeit vorliegt.

TOP 5.5

Herr Weiße übergibt die Übersicht der Kita-Verträge des Fachbereiches Jugend, Schule, Sport mit den erfassten Übernahmeverträgen der Stadt Cottbus und den Freien Trägern der Jugendhilfe. Er schlägt vor, dass die Liste überarbeitet wird und in der nächsten Ausschusssitzung erneut ausgegeben werden sollte.

Zum Inhalt führt er aus, dass die Laufzeit der Verträge mit den Trägern nicht mit der Refinanzierungszeit zu verwechseln ist. Die Vertragslaufzeiten sind sehr unterschiedlich und reichen von 15 Jahren bis 40 Jahren.

TOP 5.6

Frau Ceglarek bittet darum, dass bei der nächsten Beratung des Ausschusses die Verkürzung des Zivildienstes und die Auswirkungen auf die sozialen Dienste besprochen werden. Zum 31.12.2010 laufen die Verträge aus. Es besteht keine Planungssicherheit für 2011.

Herr Maresch bestätigt das Thema für die nächste Sitzung im Oktober 2010 und bittet Frau Ceglarek, eine Einführung in das Thema vorzunehmen.

Frau Dieckmann informiert über die Vorbereitung der Trägerkonferenz „Pflege“, die am 24.09.2010 in der Zeit von 10.00 Uhr bis ca. 14.30 Uhr im Stadthaus stattfindet. Sie lädt alle Interessierten herzlich ein.

Herr Maresch dankt allen Anwesenden für die konstruktive Mitarbeit und beendet um 18.35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Maresch
Vorsitzender

gez. Zengler
Protokollantin